

Das Ringen um die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler:

Der Aufstand der SVP-Altmandatäre mit dem ehemaligen Landeshauptmann Durnwalder an der Spitze

Bereits vor dieser Aktion hatte die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten – darunter 7 Abgeordnete der SVP – in einem Schreiben die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gefordert. Zahlreiche Südtiroler und Nordtiroler Persönlichkeiten hatten dies seitdem unterstützt.



FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache (links) und der

FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer

In Österreich hatten der **FPÖ-Parteioobmann Heinz Christian Strache** und sein **FPÖ-Südtirolsprecher Werner Neubauer** nie ein Hohl daraus gemacht, dass die Anliegen der Südtiroler auch für sie Herzensanliegen sind.

Seit Jahren war die FPÖ für die Ermöglichung der **doppelten Staatsbürgerschaft für Südtiroler** eingetreten. Dies kann laut staatsrechtlicher Gutachten durch **eine einfache Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes** verwirklicht werden. Es braucht dazu keine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Als in Südtirol diese Frage öffentlich erörtert wurde, haben der Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) und der Obmann der Südtiroler Volkspartei (SVP), Philipp Achammer, unverständlicher Weise eine ablehnende Haltung gezeigt. In der SVP gingen daraufhin die Wogen hoch. Es brach Empörung aus.

Das Internet-Nachrichtenportal „[Unser Tirol 24](#)“ enthüllte am 28. November 2017:

POLITIK SÜDTIROL

Paukenschlag: SVP-Altmandatäre bitten bei Staatsbürgerschaft um Zustimmung

By fe • November 28, 2017

Nachdem sich die Mehrheit der Abgeordneten zum Südtiroler Landtag in einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz und Heinz Christian Strache (FPÖ) für die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben, legen die Altmandatäre der Südtiroler Volkspartei nach. In einem Schreiben an Wien bitten 25 ehemalige Volksvertreter bei der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler eindringlich um Zustimmung. Darunter namhafte Personen wie Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder, Siegfried Brugger, Bruno Hosp und Franz Pahl. Somit sprechen sich fast alle Größen der SVP für die Umsetzung dieses Vorhabens aus.



Dem SID liegt das Schreiben der SVP-Altmandatare vor:

An Herrn
Bundes-Parteibmann
der Freiheitlichen Partei Österreichs
NR Heinz Christian Strache

Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann,

die unterzeichnenden ehemaligen Mandatäre der Südtiroler Volkspartei wenden sich im Zusammenhang mit den laufenden Koalitionsverhandlungen an Sie mit dem Ihnen bekannten Anliegen, interessierten Südtirolern wieder die österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Die Südtiroler sind Altösterreicher, die die österreichische Staatsbürgerschaft gegen ihren Willen durch die Annexion Südtirols an Italien verloren haben. Es ist darum ein sehnlicher Wunsch vieler Südtiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft als Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem historischen Vaterland Österreich wiederzuerlangen.

Südtirol wurde 1919 gegen seinen Willen von Österreich getrennt. Die Südtiroler gingen damit auch der österreichischen Staatsbürgerschaft verlustig. Sie mussten auch nach 1945 trotz aller Bemühungen Österreichs und gegen ihren ausdrücklichen Willen bei Italien verbleiben. Dies stellt ein historisches Unrecht dar.

Im Unterschied dazu konnten andere Altösterreicher nach 1919 bzw. nach der Auflösung Ex-Jugoslawiens eigene Nationalstaaten gründen und ihren Bürgern eine ihnen gemäße Staatsbürgerschaft verleihen.

Italien hat seinerseits bereits vor Jahren in weitherziger Weise allen Auslandsitalienern in der ganzen Welt das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Beispielsweise können nun slowenische, kroatische oder bosnische Staatsbürger italienischer Herkunft wieder den italienischen Pass beantragen.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich auch eine Frage der Gegenseitigkeit. Die österreichische Staatsbürgerschaft neben der italienischen würde für viele Südtiroler ein Zeichen einer besonderen Verbindung des Vaterlandes zur österreichischen Minderheit in Italien darstellen. Die Südtiroler ihrerseits würden durch die auf Antrag erfolgende Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ihre österreichische Identität und Verbundenheit mit dem Vaterland Österreich im europäischen Geist symbolisch-sichtbar zum Ausdruck bringen können.

Ähnlich wie Italien, haben auch viele andere europäische Staaten längst ähnliche Regelungen getroffen wie Bosnien und Kroatien, Portugal oder Spanien, das inzwischen auch den unter der Diktatur ausgebürgerten Exilspaniern wieder die spanische Staatsbürgerschaft verliehen hat.

Die Republik Österreich kann durch einen souveränen Akt dem analogen italienischen Beispiel folgen und dem sehnlichen und berechtigten Wunsch vieler Südtiroler entsprechen. Das würde als wertvolle und weitsichtige Geste europäischer Offenheit verstanden werden und die Freundschaft und das Zusammenwirken der beiden Staaten verstärken.

Bozen, den 24. 11. 2017

Unterzeichner

[Handwritten Signature]
Karl Schmid
[Handwritten Signature]
H. Feichter
[Handwritten Signature]
Richard Memner
[Handwritten Signature]
Friedrich
[Handwritten Signature]
Maria Betalini
[Handwritten Signature]
Matthias Ladurner
[Handwritten Signature]
Angela Valentin
[Handwritten Signature]
Sera Koss
[Handwritten Signature]
Gert
[Handwritten Signature]
Frank

[Handwritten Signature]
Hans Benedikt
[Handwritten Signature]
Dr. Hans Anton Zingerle
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
Alwin Kofler
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
[Handwritten Signature]
F. Selber
[Handwritten Signature]
Ilse
[Handwritten Signature]
Homer Frick
[Handwritten Signature]
Eustachio
[Handwritten Signature]

Zu den Unterzeichnern gehören folgende ehemalige Amtsträger und Mandatäre der Südtiroler Volkspartei (SVP):



Alt-Landeshauptmann
Luis Durnwalder

Dr. Luis Durnwalder (Alt-Landeshauptmann, Landesrat, Mitglied der Regionalregierung, Direktor des Südtiroler Bauernbundes, Parteiobmann-Stv. der SVP, Ehrenmitglied der Schützenkompanie Pfalzen)

RA DR. Siegfried Brugger (Ehemaliger Obmann der SVP, Mitglied der römischen Abgeordnetenversammlung, Landtagsabgeordneter, Mitglied der Sechser- und Zwölferkommission zum Autonomiestatut)

Elmar Pichler Rolle (Ehemaliger Obmann der SVP, Landesrat, Landtagsabgeordneter, Vizebürgermeister von Bozen)

Dr. Bruno Hosp (Ehemaliger Generalsekretär der SVP, SVP-Ortsobmann, Landesrat, Landtagsabg., Bürgermeister, 2.Vorsitzender der FUEV – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen)

Dr. Hans Benedikter (ehemaliges Mitglied der italienischen Abgeordnetenversammlung, Mitglied des Europarates, Bürgermeister der Gemeinde Prettau, Landesjugendreferent der Jungen Generation der SVP)

Dr. Alois Kofler (ehem. Landesrat, Landtagsabg., Mitglied des römischen Senats, Bürgermeister der Gemeinde Sarntal)

Dr. Karl Ferrari (ehem. Mitglied des römischen Senats)

Sepp Mayr (ehem. Landesrat, Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

Dr. Michl Laimer (ehem. Landesrat und Landtagsabg.)

Dr. Siegfried Messner (ehem. Landesrat und Landtagsabg., SVP-Bezirksobmann)

RA Dr. Werner Frick (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Direktor des HGV-Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverbandes, Direktor des HDS-Südtiroler Handels- und Dienstleisterverbandes)

Dr. Hugo Valentin (ehem. Landesrat und ladinischer Landtagsabg., Präsident eines ladinischen Kulturinstituts)

Franz Alber (ehem. Landesrat und Landtagsabg., Bürgermeister von Meran)

Dr. Franz Pahl (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Regionalratspräsident, Landtagsabgeordneter, SVP-Bezirksobmann, Landesjugendsekretär der Jungen Generation in der SVP)

Roland Atz (ehem. Vizepräsident der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Bozen)

Mathias Ladurner (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter)

Franz Bauer (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde Latsch)

Dr. Luis Zingerle (ehem. Präsident des Regionalrates, Landtagsabgeordneter, Stadtrat der Gemeinde Brixen, SVP-Bezirksobmann)

Zeno Giacomuzzi (ehem. Mitglied der Regionalregierung, Bürgermeister von Brixen)

Franz Demetz (Ladinischer Landtagsabgeordneter, Bürgermeister der Gemeinde St. Christina in Gröden, Stellv. Obmann der Südtiroler Volkspartei)

Dr. Hans-Peter Munter (ehem. Landtagsabgeordneter, Direktor des Südtiroler Handwerkerverbandes)

Arthur Feichter (ehem. Landtagsabgeordneter, Obmann des Südtiroler Bauernbundes, Ortsobmann der SVP)

Georg Pardeller (ehem. Landtagsabgeordneter, Leitender Sekretär des ASGB-Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund)

Maria Bertolini (ehem. Landtagsabgeordnete)

Martina Ladurner (ehem. Landtagsabgeordnete)

„Das historische Fenster ist geöffnet“



Sven Knoll

Am 28. November 2017 stellte dazu der **Südtiroler Landtagsabgeordnete Sven Knoll** von der „Süd-Tiroler Freiheit“ in einer Presseerklärung fest:

„Nach dem Ansuchen der Mehrheit der Süd-Tiroler Landtagsabgeordneten ist damit eine weitere ganz klare Willensbekundung ergangen. Nun ist das historische Fenster zur

Umsetzung geöffnet.

*Die Petition der SVP-Funktionäre, vor allem aber die Unterstützung durch Alt-Landeshauptmann Durnwalder kann nicht länger ignoriert werden. Das Signal an Wien ist eindeutig: **Süd-Tirol wünscht sich die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft!***

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen, auch Vertreter der Gewerkschaft, Vereinsvorstände und die Schützen aus ganz Tirol unterstützen das Anliegen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft wäre für Süd-Tirol von unschätzbarem Wert, sie würde die Verbindungen zu Österreich stärken, die Tiroler Landesteile einander näher bringen und die Süd-Tirol-Autonomie nachhaltig festigen.

Es ist dies nun die historische Chance für Süd-Tirol, mit vereinten Kräften die doppelte Staatsbürgerschaft umzusetzen.“

Die Enthüllung der „Dolomiten“: Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten fordert Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft

Vorangegangen war dem Brief ein ebenso **spektakulärer Vorstoß der Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten**, welchen die Tageszeitung „Dolomiten“ enthüllt hatten.

19 Abgeordnete im Südtiroler Landtag für den „Doppelpass“

POLITIK: Parteiübergreifende Initiative in Sachen Doppelstaatsbürgerschaft – Gemeinsamer Brief an Kurz und Strache ▶ Seite 11



ÖVP-Chef Sebastian Kurz (im Bild links) und Freiheitlichen-Obmann Heinz-Christian Strache: Geht es nach 19 Landtagsabgeordneten, soll die Doppelstaatsbürgerschaft ins Koalitionsabkommen. APA/HELMUT FOHRINGER

Dolomiten - Dienstag, 21. November 2017

„Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.“

19 Südtiroler Landtagsabgeordnete von insgesamt 6 Parteien in ihrem Schreiben

Mehrheit der Landtagsabgeordneten ist für Doppelstaatsbürgerschaft

HOHES HAUS: Parteiübergreifender Schulterschluss für einen „Akt der Wiedergutmachung“ – „Doppelpass“ soll ins Koalitionsabkommen

BOZEN (hof). 19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten setzen sich beim designierten österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und bei Freiheitlichen-Chef Heinz Christian Strache für die doppelte Staatsbürgerschaft ein: 7 Abgeordnete der SVP, 3 der Süd-Tiroler Freiheit, 6 Freiheitliche, die BürgerUnion, 5-Sterne-Bewegung und Team Autonomie.

Die 19 Abgeordneten haben parteiübergreifend ein Schreiben an ÖVP-Obmann Kurz und Freiheitlichen-Chef Strache gerichtet.

DIE UNTERZEICHNER

19 Mandatäre sind für den „Doppelpass“

BOZEN. Folgende Landtagsabgeordnete haben das Schreiben an ÖVP-Obmann **Sebastian Kurz** und Freiheitlichen-Chef **Heinz-Christian Strache** für eine doppelte Staatsbürgerschaft unterzeichnet: **Thomas Widmann, Maria Hochgruber-Kuenzer, Sepp Noggl, Albert Wurzer, Christian Tschurtschenthaler, Oswald Schiefer, Veronika Stirner** (alle SVP), **Sven Knoll, Bernhard Zimmerhofer, Myriam Atz-Tammerle** (alle Süd-Tiroler Freiheit), weiters die Freiheitlichen **Ulli Mair, Hannes Zingerle, Sigmar Stocker, Tamara Oberhofer, Roland Tinkhauser** und **Walter Blaas**, zudem **Andreas Pöder** (BürgerUnion), **Paul Köllensperger** (M5S) und **Elena Artioli** (Team Autonomie). ©

„Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen“, betonen die 19 Abgeordneten in dem Schreiben. „Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiermit das Ansuchen an Sie, die Wie-

dererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.“ In dem Schreiben wird betont, dass sich in Südtirol *alle* deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für dieses Anliegen ausgesprochen hätten. Die Südtiroler hätten ihre österreichische Staatsbürgerschaft unfreiwillig mit der Annexion Südtirols durch Italien verloren. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Südtiroler wäre deshalb ein „Akt der Wiedergutmachung“.

Mit dieser Veröffentlichung der „Dolomiten“ wurde das Thema der Doppelstaatsbürgerschaft mit einem Schlag zu einem Hauptgesprächsthema in ganz Südtirol. Bald sollte die Diskussion auch Nordtirol erreichen.

Dem SID liegt auch der Brief der Südtiroler Abgeordneten in Ablichtung vor:

An den Obmann der Neuen Volkspartei, Herrn Sebastian Kurz.
An den Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Heinz-Christian Strache.

Betreff: Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler.

Verehrter Herr Kurz, verehrter Herr Strache!

In Süd-Tirol haben sich alle deutsch- und ladinischsprachigen Parteien für die Möglichkeit einer österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft ausgesprochen. Ihre österreichische Staatsbürgerschaft verloren die Süd-Tiroler mit der Annexion Süd-Tirols durch Italien unfreiwillig. Die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler wäre daher ein Akt der Wiedergutmachung.

Bis heute geht ein Riss durch viele Familien in Tirol, die in nunmehr getrennten Landesteilen leben und durch unterschiedliche Staatsbürgerschaften zusätzlich geteilt werden. Auch der Zugang zu bestimmten Berufen in Österreich bleibt den Süd-Tirolern – auf Grund der fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft – verwehrt.

Nicht Privilegien oder finanzielle Erwartungen stehen jedoch im Vordergrund, sondern der ideelle und identitätsstiftende Wert der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft.

Doppelte Staatsbürgerschaften sind in den meisten EU-Staaten bereits zur politischen Realität geworden. Sie entsprechen dem Wunsch der Bürger, die eigene Identität selbst zu definieren und machen diese Identität vor allem für ethnische Minderheiten nicht länger von der staatlichen Zugehörigkeit abhängig.

Der internationale Vergleich zeigt, dass sich doppelte Staatsbürgerschaften insbesondere für Minderheiten und zum Schutz ihrer Rechte bewährt haben.

Als Beispiel hierfür sei die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft (als Zweitstaatsbürgerschaft) durch die Bundesrepublik Deutschland an die deutschsprachigen Minderheiten in den ehemaligen Ostgebieten genannt. Auch die Republik Österreich gewährt den österreichischen Auswanderern im brasilianischen Dreizehnlinden die österreichische Staatsbürgerschaft.

Besonders hervorzuheben ist auch die Republik Italien. Seit einer Gesetzesänderung im Jahre 2006 bietet Italien all seinen im Ausland lebenden italienischen Minderheiten (z.B. in Kroatien und Slowenien) die Möglichkeit der Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft an.

Das Modell der Doppelstaatsbürgerschaft, das Italien für seine eigenen Minderheiten eingeführt hat, wäre auch für Süd-Tirol die ideale Lösung.

Mit der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die Süd-Tiroler würden die Verbindungen zwischen Süd-Tirol und Österreich gestärkt, die Position der Süd-Tiroler als österreichische Minderheit im italienischen Staatsgebiet gefestigt und die Minderheitenrechte somit zusätzlich abgesichert.

Die gefertigten Abgeordneten zum Süd-Tiroler Landtag richten aus diesem Grunde folgendes Begehren an Sie:

Es entspricht dem Wunsch sehr vieler Süd-Tiroler, die österreichische Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Wir sprechen uns daher für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler aus und richten hiemit das Ansuchen an Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Bozen, den 15. November 2017.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
Myrta Atz Tanele

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

[Handwritten signature] *[Handwritten signature]*

Veronika Stirrer

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]

Das Ansuchen, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Süd-Tiroler die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erlangen können, wurde parteiübergreifend von der Mehrheit (!) der Abgeordneten des Süd-Tiroler Landtages unterzeichnet:

L.-Abg. Thomas Widmann (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Maria Hochgruber-Kuenzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Sepp Nogger (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Albert Wurzer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Christian Tschurtschenthaler (Süd-Tiroler Volkspartei).
L.-Abg. Oswald Schiefer (Südtiroler Volkspartei).
L.-Abg. Veronika Stirner (Südtiroler Volkspartei).

L.-Abg. Sven Knoll (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Bernhard Zimmerhofer (Süd-Tiroler Freiheit).
L.-Abg. Myriam Atz-Tammerle (Süd-Tiroler Freiheit).

L.-Abg. Ulli Mair (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Hannes Zingerle (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Sigmar Stocker (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Tamara Oberhofer (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Roland Tinkhauser (Die Freiheitlichen).
L.-Abg. Walter Blaas (Die Freiheitlichen).

L.-Abg. Andreas Pöder (BürgerUnion).

L.-Abg. Paul Köllensberger (Movimento 5 Stelle / Fünf-Sterne-Bewegung).

L.-Abg. Elena Artioli (Team Autonomie).

Dieses wichtige Schreiben war das Ergebnis einer Initiative der „Süd-Tiroler Freiheit“ und des Landtagsabgeordneten Sven Knoll.



Dr. Eva Klotz und der Landtagsabg. Sven Knoll

Der Landtagsabgeordnete Sven Knoll von der „Süd-Tiroler Freiheit“ hatte den Brief der Südtiroler Landtagsabgeordneten initiiert und sollte in der Folge mit zahlreichen Presseaussendungen, welche ihren Niederschlag in den Medien fanden, immer wieder die Politiker zum Handeln auffordern. Seine Beharrlichkeit sollte Früchte tragen.

Unterstützt wurde er hierbei vor allem auch durch die ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz, die Tochter des legendären verstorbenen Freiheitskämpfers Georg Klotz.

Die Schützen-Petition

Am 27. November 2017 berichteten die „Dolomiten“:

Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft

VERBAND „TIROLER SCHÜTZEN“: Resolution verabschiedet – Thema soll in Koalitionsabkommen festgeschrieben werden



Einstimmig für die Doppelstaatsbürgerschaft (von links): Die Landeskommandanten Enzo Cestari (Welschtirol), Elmar Thaler (Südtirol) und Fritz Tiefenthaler (Nord- und Osttirol).

BRIXEN. Die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler soll ins Koalitionsabkommen der neuen österreichischen Regierung aufgenommen werden. Dafür hat sich der Verband „Tiroler Schützen“ bei seiner Landesausschusssitzung am Samstag in Brixen einstimmig ausgesprochen.

55 Delegierte des Bundes Tiroler Schützenkompanien, des Südtiroler Schützenbundes und des Welschtiroler Schützenbundes haben eine Resolution verabschiedet, welche sich für die Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler ausspricht. Das Schreiben soll an die Verhandlungsführer der Koalitions-

verhandlungen in Österreich die Bitte richten, sie mögen diesen Wunsch in ihr Koalitionsabkommen aufnehmen.

Dabei können die Schützen auf einen prominenten Fürsprecher zählen. Nach Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter habe auch der Nordtiroler Landtagspräsident Herwig van Staa seine volle Unterstützung für die doppelte Staatsbürgerschaft sowie seine Hilfe auf Bundesebene angeboten.

Dem SID liegt das Originalschreiben in Kopie vor:



TIROLER SCHÜTZEN

SCHLERNSTRASSE 1, WALTHERHAUS
39100 BOZEN

S.g. Herrn
Sebastian Kurz
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

S.g. Herrn
Heinz Christian Strache
Freiheitlicher Parlamentsklub
Dr. Karl Renner-Ring 3
A - 1017 Wien

Bozen, den 27. November 2017

Betreff: Koalitionsverhandlungen – österreichische Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler

Sehr geehrter Herr Kurz, sehr geehrter Herr Strache!

Der Landesausschuss des Verbandes der Tiroler Schützen hat sich als Vertretung aller Schützenkompanien in Tirol mit seinen rund 20.000 Mitgliedern am vergangenen Samstag in Brixen für die Unterstützung des Vorhabens der Vergabe der österreichisch-italienischen Doppelstaatsbürgerschaft für die Süd-Tiroler ausgesprochen.

Inhaltlich schließen wir uns dem von 19 Abgeordneten des Südtiroler Landtags an Sie übermittelten Schreiben an. Hiermit bitten wir Sie, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Süd-Tiroler ins Koalitionsabkommen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Mjr. Elmar Thaler
Geschäftsführender Landeskommendant Tiroler Schützen

Eine landesweite Diskussion brach los

Die SVP – „das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“

Am 21. November 2017 berichtete das Südtiroler Internet-Portal „SALTO“ www.salto.bz/de, dass der **Südtiroler Landeshauptmann Arno Kompatscher** erklärt habe, dass er sich nicht öffentlich zum Thema äußern werde, **bevor nicht das Anliegen mit den Vertretern der beiden involvierten Regierungen – Österreichs und Italiens – besprochen worden sei.**

Noch deutlicher konnte Kompatscher nicht offenbaren, dass er an der Leine Roms läuft.

Am 22. November 2017 berichteten die „Dolomiten“, dass die Südtiroler Volkspartei (SVP) *„das Bild eines aufgescheuchten Hühnerhaufen“* abgebe. Der Landeshauptmann Kompatscher und der SVP-Obmann Achammer äußerten sich laut „Dolomiten“ ablehnend, während mehrere der SVP-Unterzeichner zu ihrer Unterschrift standen und erklärten, dass man solch wichtige Fragen als Südtiroler Regierungspartei nicht allein der Opposition überlassen dürfe.

Alpenvereinspräsident Georg Simeoni: „Ich würde auf jeden Fall ansuchen!“



Bild aus UT 24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass sich auch der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB) der Forderung nach der Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler anschließe.

Der **Vorsitzende des ASGB, Tony Tschnett**, erklärt, *„dass die Schutzmacht Österreich mit ihrem Bekenntnis, die Südtiroler effektiv als ihresgleichen anzuerkennen, ihr Protektorat de jure weiter festigen und der deutschen und ladinischen Volksgruppe somit zusätzliche Sicherheit vermitteln könnte.“*

Der **Vorsitzender der ASGB-Jugend, Alexander Wurzer**, zeigt sich als überzeugter Unterstützer der von einer Mehrheit des Südtiroler Landtages lancierte Forderung:

„Zuallererst gilt allen Unterzeichnern des Schreibens mein Dank. Ich muss aber auch mein Unverständnis an jene richten, die das Schreiben nicht unterzeichnet haben, denn jede weitere Unterschrift hätte die Schlagkraft der Forderung bekräftigt.“

Bauernjugend-Obmann für doppelte Staatsbürgerschaft



Bild aus UT
24

Am 21. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **Obmann der Südtiroler Bauernjugend, Wilhelm Haller**, dem Anliegen äußerst positiv gegenüber stehe.

Haller denke, dass „eine Entwicklung hin zu einem vereinten Tirol sicherlich kein Fehler wäre“. Auch die Mitglieder der Südtiroler Bauernjugend seien in dieser Hinsicht *„sicherlich für alles offen“*. *„Würde man alle Jungmitglieder zusammen nehmen, so würde sicherlich ein Plus für dieses Anliegen herauskommen“*, meinte Haller.

Auf die Frage, ob er denn bei einem Zustandekommen der doppelten Staatsbürgerschaft auch gleich ansuchen würde, sagt Haller: *„Da wäre ich ganz bestimmt nicht abgeneigt“*.

SVP-Abg. Hans Benedikter: „Eine legitime Forderung“



Bild SSB

Am 22. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Parlamentsabgeordnete der Südtiroler Volkspartei, Hans Benedikter**, ein glühender Befürworter der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler sei. Im Gespräch mit UT24 ging er mit der Landesführung der SVP in dieser Sache hart ins Gericht und erklärte:

„Es ist eine Schande, dass die Führung der SVP, der Landeshauptmann und der Parteiobmann an der Spitze, nicht ganz klar und deutlich erklären: Selbstverständlich ist das ein Recht und eine Forderung, dass wir offiziell nicht nur unterstützen, sondern wo wir uns an vorderster Front befinden.“

Laut Benedikter sei es ein Skandal, dass Leute die diese Werte am meisten in den Vordergrund stellen müssten, sich „so verkriechen und so tun, als ob sich das nichts angehe“. Die Führung der Volkspartei hätte Forderungen stellen müssen, denn in Wien heiße es oft diskret, „wenn die SVP da nicht dahintersteht, dann tun wir uns schwer“.

Ehemaliger SVP-Obmann Siegfried Brugger: Mehr Mut!



Bild aus UT 24

Am 23. November 2017 berichtete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **langjährige SVP-Obmann und Kammerabgeordnete Siegfried Brugger** seine eigene Partei zu „mehr Mut“ in Sachen Doppelpass aufgerufen habe.

Dass der SVP-Obmann Philipp Achammer die Mehrheit der Südtiroler Landtagsabgeordneten, darunter sieben SVP-Vertreter, öffentlich dafür kritisiert hatte, weil sie sich mit einem Brief an ÖVP-Chef Sebastian Kurz in Sachen Doppelpass gewandt hatten, veranlasste Brugger zu folgender Stellungnahme:

„Wir Südtiroler haben genügend Augenmaß, um zu wissen, welche Anträge wir Österreich gegenüber stellen können und wir sind auch selbstbewusst genug, dass wir nicht bitten müssen, um fragen zu dürfen“.

Österreich und auch die SVP-Führung sollten sich in diesem Falle Italien zum Vorbild nehmen, so Brugger. Italien habe bereits 2006 in weitherziger Weise sehr vielen Auslands-Italienern, das Recht auf den italienischen Pass eingeräumt. Dies sei durchaus mit der Situation Südtirols vergleichbar. Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler wäre folglich eine Frage der Gegenseitigkeit.

Es gehe lediglich um das gleiche Recht für alle Staatsbürger, eine von Vorfahren früher einmal besessene und dann verlorene Staatsbürgerschaft wiederzuerlangen. Im Falle der Südtiroler sei das die österreichische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur italienischen.

Ehemaliger SVP-Vize-Bürgermeister

von Bozen: „Ein wichtiges Zeichen“

Am 23. November 2017 meldete das Internet-Portal „Unser Tirol 24“, dass der **ehemalige Vize-Bürgermeister von Bozen, Klaus Ladinser (SVP)** die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen würde, sofern dies möglich wäre. Ladinser erklärte:



„Es ist ein wichtiges Zeichen um unsere Südtiroler Kultur und Bevölkerung an Österreich zu binden. Es ist im europäischen Geiste und deshalb eine positive Entwicklung.“

Südtirols Freiheitliche: Historische Chance



Am 23. November 2017 veröffentlichten Südtirols Freiheitliche auf ihrer Internetseite eine Erklärung ihres Parteiobmannes Andreas Leiter Reber, „Wir Freiheitliche haben das Vorhaben, für Südtiroler den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, von vorneherein stets aktiv mitgetragen und unterstützt.“ Die österreichische Staatsbürgerschaft sei nicht nur ein Herzensanliegen, das für

die Stärkung der Identität als ethnische Minderheit in einem fremden Staat besonders wichtig ist. Durch die Möglichkeit, zusätzlich zur italienischen, auch die Staatsbürgerschaft des österreichischen Vaterlandes erwerben zu können, werde die Position Südtirols im Ausbau zur Selbstverwaltung massiv gestärkt und die Schutzfunktion Österreichs würde eine neue Qualität erreichen.

Aufruf: Solidarität über die Parteigrenzen hinweg!



Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) ist eine von ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfern und politischen Häftlingen gegründete Vereinigung, welche sich für die Selbstbestimmung und Landeseinheit Tirols einsetzt.

Dessen Obmann Roland Lang sandte am 23. November 2017 nachstehende Presseerklärung aus, welche in den „Dolomiten“ und anderen Medien ihren Niederschlag fand:

Doppelpass: SHB ruft zur Solidarität über die Parteigrenzen auf

Das Jahr 2018 könnte ein besonderes Jubiläumsjahr werden: Nach hundert Jahren Trennung wird durch die Doppelstaatsbürgerschaft wieder eine engere Anbindung an das Vaterland Österreich herbeigeführt. Südtiroler können wieder Bürger Österreichs werden.

Es geht hier vorrangig nicht um wirtschaftliche Aspekte und nicht um Privilegien, sondern um die Stärkung der eigenen Identität, des eigenen Kulturbewusstseins und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Tiroler über die noch trennenden Staatsgrenzen hinweg.

Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner hat stets diese Verbundenheit betont und in Hinblick auf die Landeseinheit darauf hingewiesen, dass die Tiroler handeln müssen, wenn sich im Ablauf der Ereignisse ein Fenster für eine Lösung auftut.

Auch jetzt hat der Herr Altlandeshauptmann in Zusammenhang mit der anzustrebenden Doppelstaatsbürgerschaft auf diesen Handlungsbedarf hingewiesen. Die Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft ist in der Tat ein Schritt in Richtung Landeseinheit.

In seinem Sinn und im Sinne der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer und politischen Häftlinge rufe ich als Obmann des „Südtiroler Heimatbundes“ den Politikern aller Südtiroler und österreichischen Parteien zu: Überwindet in dieser grundsätzlichen Frage die trennenden Parteigrenzen! Übt Solidarität und fordert diese auch von den österreichischen Kollegen ein!

Nicht nur eure jetzigen Wähler, sondern auch die künftigen Generationen werden es euch danken!

*Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)*

Nordtirol steht Südtirol zur Seite

Mit den Südtiroler Landsleuten und ihrem Begehren nach Ermöglichung der österreichischen Staatsbürgerschaft solidarisierten sich:

Nordtirols Landeshauptmann Günther Platter



Die „Austria Presseagentur“ (APA) meldete am 23. November 2017:

19 von 35 Südtiroler Landtagsabgeordneten haben in einem Schreiben an die Koalitionsverhandler in Wien den Wunsch nach einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler formuliert. Sie erhalten jetzt Unterstützung durch LH Günther Platter (ÖVP).

Der Wunsch werde aufrecht bleiben, solange es keinen „europäischen Pass“ gebe, so der Landeshauptmann gegenüber der APA. Er habe „Verständnis“ für die Landtagsabgeordneten, betonte Platter.

„Die Grenze zwischen Nord- und Südtirol ist und bleibt eine historische Unrechtsgrenze. Südtirol ist für die Tiroler Landesregierung ein Herzensanliegen. Wenn wir diese Tage den 250. Geburtstag von Andreas Hofer feiern, wird uns die enge Verbundenheit der beiden Landesteile wieder besonders bewusst“, sagte Platter.

Altlandeshauptmann Weingartner

Wendelin



Das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ berichtete am 22. November 2017:

Nord- und Osttirols Altlandeshauptmann Wendelin Weingartner (ÖVP) gilt als Südtirol-Kenner und Freund des Landes. Bereits des öfteren sprach sich Weingartner für sein „Herzensanliegen“, die Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler, aus. Im Interview mit UT24 nimmt Weingartner zu den aktuellen Entwicklungen Stellung:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft ist eine Anbindung von Südtirol an Österreich. Nachdem Italien seinen Bürgern in anderen Staaten auch diese doppelte Staatsbürgerschaft gibt, kann es nicht sein, dass Italien bei den Südtirolern was dagegen hat. Es wäre natürlich ein schönes Zeichen. Ich persönlich würde mich sehr freuen, wenn sowas möglich wäre.“

Landtagspräsident Herwig van Staa



Die Südtiroler Landtagsabgeordneten Sven Knoll (links) und Bernhard Zimmerhofer (rechts) zu Besuch bei Landtagspräsident Herwig van Staa (Mitte).

24. November 2017: Im Interview mit dem Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“ erklärte Tirols Landtagspräsident Herwig van Staa (ÖVP), dass er zu den glühenden Befürwortern einer Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler gehöre.

„Ich bin ganz klar der Meinung, dass Österreich die Südtiroler gleich behandeln sollte, wie die Italiener ihre Abkömmlinge in Dalmatien. Diesen Angehörigen wurde ja auch die italienische Staatsbürgerschaft zuerkannt.“

Bundesratspräsident a. D. Helmut Kritzinger

Am 24. November 2017 berichtete das Nachrichtenportal „Unser Tirol 24“: In der Debatte um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Südtiroler meldet sich nun auch der im Sarntal geborene **ÖVP-Politiker Helmut Kritzinger** zu Wort. Der **ehemalige Präsident des**



österreichischen Bundesrates erklärt gegenüber **UT24**, warum der Doppelpass für Südtirol große Vorteile hätte.

Kritzinger beurteilt die aktuelle Diskussion um eine österreichische Staatsbürgerschaft für Südtiroler als **„positiv“**.

„Ich glaube, dass heute eine viel größere Akzeptanz für eine Doppelstaatsbürgerschaft da ist. Zumal Italien ja selbst seinen Minderheiten im Ausland eine solche gestattet. Da müsste das für Südtirol erst recht gelten“, so Kritzinger.

Würde die doppelte Staatsbürgerschaft umgesetzt werden, so wäre dies laut Kritzinger **„ein großer Gewinn für Südtirol“**. Denn dadurch würde das Land sowohl in Wien, wie auch in Rom **„eine ganz andere Stärke haben, um gewisse Dinge durchzusetzen“**.

Man wird nun sehen, ob der ÖVP-Parteiboss und designierte künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz bereit sein wird, den Wünschen der Südtiroler nach Ermöglichung der Doppelstaatsbürgerschaft zu entsprechen.

In vergangenen Jahrzehnten hatte sich die Spitze der Bundes-ÖVP hier wenig solidarisch verhalten und hatte sich mehr an

den Wünschen Roms als an denen der Südtiroler Landsleute orientiert. Es ist zu hoffen, dass diese damaligen Verhaltensweisen keine Auferstehung feiern, welche der **Historiker Helmut Golowitsch** in einem Aufsehen erregenden Werk aufgezeigt hat:

Ein „Komplott ungeahnten Ausmaßes“



Südtirol

Opfer für das westliche Bündnis



ISBN 978-3-7020-1708-8

Helmut Golowitsch

SÜDTIROL – OPFER FÜR DAS WESTLICHE BÜNDNIS

Wie sich die österreichische Politik ein unliebsames Problem vom Hals schaffte

607 Seiten, zahlreiche S/W- und Farbbildungen, Hc.

€ 34,80

Der Autor, der bereits durch eine Reihe einschlägiger Arbeiten hervorgetreten ist, behandelt die heimliche Zusammenarbeit zwischen führenden Politikern der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der italienischen Democrazia Cristiana (DC) in der Zeit von 1945–1967. Er zeigt anhand erstmals abgedruckter Dokumente auf, wie bestimmte ÖVP-Politiker ungeachtet anderslautender Beteuerungen die italienischen „Freunde“ in der Annahme bestärkten, sie könnten sich Südtirols, ihrer Beute aus dem Ersten Weltkrieg, sicher sein.

Während man den Österreichern vorgaukelte, man würde für die Rückkehr Südtirols zu Österreich arbeiten, ließ beispielsweise Bundeskanzler Leopold Figl (ÖVP) den „italienischen Freunden“ durch einen verdeckten Unterhändler ausrichten, man sei damit einverstanden, dass die Grenze am Brenner verbleibe. Diese Geheimpolitik zum Nachteil Südtirols erreichte unter der Regierung von Josef Klaus einen traurigen Höhepunkt. Es fanden Treffen mit italienischen Politikern, Polizeifunktionären und Geheimdienstagenten statt, die man vor der Öffentlichkeit und vor allem vor den Tiroler Landespolitikern geheim hielt. Die Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten“ kommentierte, die hier vorgelegten Enthüllungen seien „an Brisanz kaum zu überbieten“, und erkannte „ein Komplott ungeahnten Ausmaßes“. Und auch der Salzburger Historiker und emeritierte Universitätsprofessor Reinhard Heinisch stellte fest: „Dieses neue Buch von Helmut Golowitsch belässt in einem bestimmten Abschnitt unserer jüngsten Zeitgeschichte keinen Stein auf dem anderen. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sind wirklich erschütternd und aufwühlend.“

Der Autor

Dr. Helmut Golowitsch, Jahrgang 1942, hat bereits etliche Dokumentationen zur Südtiroler Zeitgeschichte publiziert.



LEOPOLD STOCKER VERLAG

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt im Versand über:

Bücherquelle Buchhandlungsgesellschaft m.b.H.,

Hofgasse 5, 8010 Graz, Tel.: +43/316/821636-111, office@buecherquelle.at

Unser Programm finden Sie unter www.buecherquelle.at

„Autonomiekonvent“ Augenauswischerei

Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder. Bild: UT24

Das Südtiroler Nachrichtenportal www.unsertirol24.com berichtet ein ebenso sensationelles wie entlarvendendes Ereignis aus Südtirol.

Im Jänner 2016 hatten der Landeshauptmann Arno Kompatscher (SVP) und die Südtiroler Landesregierung eine Diskussionsplattform unter dem Namen „Autonomiekonvent“ ins Leben gerufen, um mittels breiter Publikumsdiskussionen den Anschein zu erwecken, dass die mit Rom abgekartete „Autonomiereform“ unter Mitwirkung der Bevölkerung zustande käme.

Als die „Konvents“-Tagungen von zahlreichen Kritikern der Landespolitik, darunter vielen Südtiroler Schützen, besucht wurden, die dort ihre Meinungen frei äußerten, verging der SVP-Führung rasch die Lust an diesem Schauspiel.

Wie das Internet-Nachrichtenportal UT24 meldet, hat die SVP-Führung dem ungeliebten Forum nun den Hahn zugedreht. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass die SVP auf politischer Ebene ohnedies bereits vollendete Tatsachen geschaffen hat.

Damit wurde offenbar, dass der ganze „Konvent“ nur eine Augenauswischerei gewesen war.

Nachstehend der Bericht von UT24:

Eklat beim Konvent – Tätigkeit ausgesetzt

2. September 2016

Leere Stühle beim Konvent der 33 in der Eurac. Kurz vor 20.00 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen.

Mit interessanten inhaltlichen Diskussionen zu den Kompetenzen und Zuständigkeiten des Landes Südtirol begann der Konvent der 33 pünktlich um 18.00 Uhr in der Eurac.

Nach einer Einführung durch RA DDr. Christoph Perathoner meldete sich Landeshauptmann Luis Durnwalder zu Wort, der die Abschaffung der zentralstaatlichen Ausrichtung der Koordinierungsbefugnis (AKP) sowie wiederholt die Auflösung der Region forderte.

Ra Dr. Florian von Ach verwies auf Kompetenzen der deutschen Volksgruppe in Belgien, insbesondere auf kultureller und schulischer Ebene sowie auf der Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge abschließen zu können. Dies sei auch für Südtirol ein Fortschritt bei der gesamttiroler Zusammenarbeit und könne den Welschtirolern einen Ersatz für die notwendige Auflösung der Region bilden.

RA Dr. Ewald Rottensteiner forderte die Abschaffung sämtlicher Schranken für Südtirols Autonomie sowie die Schaffung eines eigenen Landesverfassungsgerichtes.

„Dann platzte die Bombe“

„Bis dahin versprach es eine sehr konstruktive Sitzung zu werden“, sagt ein Mitglied gegenüber UT24. „Doch dann platzte die Bombe.“

Riccardo della Sbarba informierte den Konvent darüber, dass in der Gesetzgebungskommission des Landtages mit den Stimmen der Südtiroler Volkspartei bereits ein fertiger Gesetzesvorschlag

für ein neues Autonomiestatut abgeseignet wurde.

Durnwalder: „Die Leute lachen uns aus“

„Dies macht unsere Arbeit völlig sinnlos“, brachte es Alt-Landeshauptmann Luis Durnwalder auf den Punkt. „Die Leute lachen uns aus“.

Selbst Konventspräsident Christian Tschurtschenthaler, der als SVP-Landtagsabgeordneter eigentlich darüber informiert sein sollte, war völlig überrascht.

Auf Antrag sämtlicher Mitglieder des Konventes, wurde die Sitzung vorzeitig abgebrochen. Das Präsidium wurde beauftragt schnellstmöglich eine Klärung der Sachlage herbeizuführen.

Konvent gegen die Wand fahren?

„Es scheint, dass dieses Pilotprojekt der direkten Bürgerbeteiligung von den eigenen Initiatoren an die Wand gefahren werden soll. Wohl deshalb, weil die Zusammensetzung des Gremiums nicht den Wünschen der Landtagsmehrheit nicht genehm ist“, sagt ein Mitglied des Konvents.

Wie es mit dem Konvent weitergeht, steht derzeit in den Sternen.